



DER GEMEINDERAT VON BINNINGEN
AN DEN EINWOHNERRAT

Pendente persönliche Vorstösse (Rückständebericht)

Kurzinformation:	Gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats vom 19. Juni 2000, § 25 Abs. 3, erstattet der Gemeinderat einen separaten Bericht zum Stand der Bearbeitung der überwiesenen aber noch hängigen Postulate und Motionen und gibt Auskunft über geplante Fristen. Im gleichen Bericht orientiert er gemäss ER-Beschluss vom 24.9.2001 über den Stand der Erledigung allfälliger weiterer Aufträge des Einwohnerrats.
Antrag:	Die folgenden Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben: <ul style="list-style-type: none">• Postulat JLB und weitere Mitunterzeichner: Sollen private Aufgaben durch die öffentliche Hand ausgeführt werden? Neuer Titel: Sollen öffentliche Aufgaben durch Private ausgeführt werden? (Geschäft Nr. 24/VIII, überwiesen am 19.2.2001)• Postulat SP-Fraktion: Kommunales Grundstück für gemeinnützigen Wohnungsbau (Geschäft Nr. 163/VIII, überwiesen am 22.9.2003)

Binningen, 14. Juni 2005

GEMEINDERAT BINNINGEN
der Präsident: der Verwalter:
Charles Simon Olivier Kungler

DETAILINFORMATIONEN

1. **Postulat der SP-Fraktion: Parkplatz-Bewirtschaftung**

(Geschäft Nr. 192/VII, überwiesen am 19.6.2000)

Das Postulat verlangt, dass öffentliche Parkplätze möglichst vielen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zur Verfügung gestellt werden.

Bis im Jahr 2001 wurde das elektronische und gebührenpflichtige Parkplatz-Bewirtschaftungssystem mit zeitlicher Beschränkung im Bereich Hauptstrasse und nähere Umgebung eingerichtet. Mit der Umgestaltung des Kronenplatzes und der 3. Bauetappe Hauptstrasse werden voraussichtlich in den Jahren 2006/2007 weitere gebührenpflichtige Parkplätze geschaffen. Dadurch wird resp. wurde bereits in der Geschäftszone die erwünschte Erhöhung der Belegungsfrequenz erreicht. Gegen das kantonale Strassenbauprojekt am Kronenplatz wurde Einsprache erhoben. Die hängigen Einsprachen befinden sich derzeit auf der Stufe Kantonsgericht. Der genaue Ausführungszeitpunkt lässt sich aus den genannten Gründen nicht exakt voraussehen.

Ein Parkierungsreglement ist im Moment verwaltungsintern in Arbeit. Es sieht im Wesentlichen die Einführung einer Anwohner- resp. Einwohnerparkkarte vor und regelt die Modalitäten für die Bewirtschaftung der mit Parkuhren ausgerüsteten Parkplätze. Wegen fehlender personeller Ressourcen in der Abteilung VSV musste das Geschäft zurückgestellt werden. Die Einführung von Reglement und Bewirtschaftung mit Parkkarte ist für das Jahr 2006 vorgesehen.

2. **Postulat der SP-Fraktion: Sport und Sportstätten nach Schliessung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher**

(Geschäft Nr. 23/VIII, überwiesen am 19.2.2001)

und

3. **Postulat der CVP-Fraktion vom 26.1.2004: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler Weiher durch die Gemeinde Binningen**

(Geschäft Nr. 191 VIII, überwiesen am 21.6.2004)

Um die Verhandlungen für neue Sportplätze auf dem Areal des heutigen Schiessplatzes Allschwiler Weiher wieder aufnehmen zu können, will die Stadt Basel den Entscheid des Bundesgerichts im Zusammenhang mit dem Baugesuch der Stadt Basel abwarten. Der Gemeinderat hat sein Interesse am Standort Allschwilerweiher beim Treffen mit dem Gemeinderat Allschwil festgehalten und verfolgt die Idee weiter.

3. **Postulat JLB und weitere Mitunterzeichner: Sollen private Aufgaben durch die öffentliche Hand ausgeführt werden?**

Neuer Titel: Sollen öffentliche Aufgaben durch Private ausgeführt werden?

(Geschäft Nr. 24/VIII, überwiesen am 19.2.2001)

Mit Geschäft Nr. 24A hat der Gemeinderat den Einwohnerrat an dessen Sitzung vom 25.10.2004 über die bisherige Überprüfung betr. Auslagerungspotenzial in der Gemeindeverwaltung in Kenntnis gesetzt. Eine Studie, die mit externer Unterstützung verfasst wurde, kam zum Schluss, dass weite Teile der Liegenschaftsverwaltung und der Pflanzenaufzucht sich für eine Auslagerung grundsätzlich eignen.

- Im Gefolge zweier Personalabgänge in der Gärtnerei per November 2004 hat der Gemeinderat beschlossen, die Pflanzenaufzucht ab dem Jahr 2005 auszulagern. Dies ist mittlerweile geschehen.

- Im Zusammenhang mit der Gesamtschau der gemeindeeigenen Liegenschaften (Finanz- und Verwaltungsvermögen) wird der Gemeinderat spätestens im Herbst über die Auslagerung eines Teils der Bewirtschaftung in diesem Bereich befinden.

Wie der Gemeinderat schon in der Vorlage 24A festhielt und im Legislaturprogramm 2004 – 2008 (Seite 4) wiederholt, behält er sich vor, auch weitere durch die Verwaltung erbrachte Dienstleistungen auf ihr Auslagerungspotenzial zu überprüfen. (Teil-)Auslagerungen sollen dann zum Zuge kommen, wenn die Bereitstellung einer Dienstleistung

- extern effizienter, also kostengünstiger, ist
- intern aufgrund mangelnden Fachwissens nicht erbracht werden kann *und* muss
- intern nicht im geforderten zeitlichen Rahmen sichergestellt werden kann.

=> Der Gemeinderat beantragt das Postulat zur Abschreibung.

4. Motion der FDP/JLB: Neubadrain / Paradiesstrasse (Geschäft Nr. 55/VIII, überwiesen am 27.8.2001)

Die Beantwortung des hängigen Vorstosses erfolgte mit der Vorlage Nr. 106 (Standortbericht und Konzept betreffend Individualverkehr in Binningen), welche der Einwohnerrat am 27.1.2003 zur Kenntnis genommen hat. Dabei wurde die vorliegende Motion, entgegen dem Vorschlag des Gemeinderats, nicht als erledigt abgeschrieben, da die Forderungen der Motion nach Ansicht des Einwohnerrates nicht erfüllt wurden.

Die Motion fordert die Prüfung folgender Massnahmen am erwähnten Strassenzug:

- a) Fahrverbot für Lastwagen (Zubringerdienst vorbehalten) auf der Paradiesstrasse und dem Neubadrain nach Fertigstellung des Dorenbachkreisels / flankierende Massnahmen zur Unterbindung von Umgehungsverkehr, Erstellung eines Kreisels an der Kreuzung Langegasse / Neubadrain / Paradiesstrasse.
- b) Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Kanton für die Erstellung einer grossräumigen Umfahrungsstrasse zur Erschliessung des (hinteren) Leimentals einzusetzen.

Ad a) Die Massnahmen haben zum Ziel, die Belastung auf der Achse Neubadrain / Paradiesstrasse zu reduzieren. Sie stehen deshalb in engem Bezug zur bereits beschlossenen Massnahme von Tempo 40. Tempo 40 wurde am 29. März 2004 eingeführt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Motorfahrzeugverkehr auf dieser Achse tendenziell rückläufig ist. Der Schwerverkehr hat seit 2001 um ca. 70% abgenommen. Gegen den Einwohnerratsbeschluss vom 25.10.2004 betreffend Abwasserleitungsbau und verkehrsberuhigende Massnahmen an der Paradiesstrasse wurde Einsprache erhoben. Diese Einsprachen sind derzeit noch hängig. Der Gemeinderat sieht angesichts der aktuellen Verkehrsentwicklung die Einführung eines LKW-Verbotes als nicht vertretbar. Nach Ausführung der erwähnten verkehrsberuhigenden Massnahmen wird die Situation nochmals analysiert werden und dem Einwohnerrat Bericht erstattet.

Ad b) Der Gemeinderat wird im Rahmen der Vernehmlassung zum Kantonalen Richtplan eine Stellungnahme erarbeiten.

5. Motion der FDP-Fraktion: Umsetzung der Empfehlung des ER betr. Lastwagenverbot auf der Achse Paradiesstrasse / Neubadrain (Geschäft Nr. 136/VIII, überwiesen am 19.5.2003)

Die Motion verlangt, dass auf einem geeigneten Teilstück der Achse Paradiesstrasse / Neubadrain ein Lastwagen-Fahrverbot vorbereitet, realisiert und aufrecht erhalten werden soll.

In Analogie zu Geschäft Nr. 55/VIII will der Gemeinderat aufgrund der aktuellen Verkehrsentwicklung die im Zusammenhang mit Tempo 40 stehenden verkehrsberuhigenden Massnahmen an der Paradiesstrasse abwarten, bevor er zur überwiesenen Motion Stellung nehmen kann.

6. Postulat EVP betr. Künstlerische Gestaltung Kronenplatzkreisel
(Geschäft Nr. 139/VIII, überwiesen am 19.5.2003)

Die Neugestaltung des Kronenplatzes mit einem Verkehrskreisel wird vom Kanton Basel-Landschaft geplant und finanziert. Die Gemeinde ist in allen Planungsschritten zur Vernehmlassung eingeladen worden. Die Realisierung kann vorläufig nicht weitergeplant werden, da gegen das Tiefbauprojekt des Kantons zahlreiche Einsprachen erhoben wurden. Derzeit ist das Verfahren vor dem Kantonsgericht hängig. Die Verhandlung und der Entscheid sind noch ausstehend. Der Kanton hat aufgrund dieses Verfahrens die weitere Projektierung unterbrochen. Sobald ein Entscheid absehbar ist, werden die weiteren Planungsschritte gemeinsam mit dem Kanton wieder aufgenommen.

7. Postulat SP-Fraktion: Kommunales Grundstück für gemeinnützigen Wohnungsbau
(Geschäft Nr. 163/VIII, überwiesen am 22.9.2003)

Im Rahmen des Legislaturprogramms 2004 – 2008 hat sich der Gemeinderat selber das Ziel gesetzt, mit der Abgabe von Land im Baurecht oder durch Verkauf von Grundstücken Wohngenossenschaften zu fördern.

Konkret hat der Gemeinderat nach der Fertigstellung der neuen Schulanlage Meiriacker eine neue Baurechtsparzelle ausgeschrieben. In der Zwischenzeit ist auf dieser Parzelle eine neue Wohngenossenschaft Papageno gegründet worden. Mit dieser Überbauung können zehn Familienwohnungen erstellt werden. Der Gemeinderat wird in den nächsten Wochen den entsprechenden Baurechtsvertrag abschliessen. In zwei anderen Fällen prüft die Gemeinde die Realisierung weiterer Baurechtsparzellen auf gemeindeeigenen Grundstücken.

=> Der Gemeinderat beantragt das Postulat zur Abschreibung.

9. Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte
(Geschäft Nr. 24/IX, überwiesen am 13.12.2004)

Der Gemeinderat hat im November 2004 ein zweijähriges Moratorium für die Bewilligung von Mobilfunk-Antennenstandorten auf gemeindeeigenen Bauten und Anlagen beschlossen. Die Gemeinde ist daran, mit benachbarten Gemeinden praktikable Regelungen zu finden. Auch ist das Problem von Bund und Kanton erkannt worden. Unter anderem hat das kantonale Amt für Raumplanung vom Landrat einen Auftrag erhalten, die raumplanerischen und rechtlichen Massnahmen für eine Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte zu ergreifen.

10. Postulat Grüne/SP-Fraktion vom 26.1.2004: Einrichtung einer Skating-Anlage in Binningen
(Geschäft Nr. 190, überwiesen am 10.5.2004)

Die Einrichtung einer Skating-Anlage ist mit einer Vielzahl von Fragen verbunden, da die Auswirkungen einer derartigen Anlage nur schwer abzuschätzen sind (Zahl der Besucher/innen, Lärmimmissionen etc.). Die Jugendlichen haben mittlerweile bezüglich Infrastruktur ihre Wünsche formuliert. Derzeit werden verschiedene Standorte geprüft.

11. Postulat SP-Fraktion vom 20.10.2004: Partikelfilter für die gemeindeeigenen Dieselfahrzeuge

(Gesch. Nr. 29, überwiesen am 31.1.2005)

Inzwischen wurden alle in Frage kommenden Fahrzeuge in Werkhof und Gärtnerei von zwei Spezialfirmen untersucht. Demnächst treffen hierzu detaillierte Offerten ein. Gestützt darauf wird dem Einwohnerrat nach den Sommerferien eine Vorlage unterbreitet.

12. Postulat SP-Fraktion vom 7.12.2004: Kinderspielplätze für Binningen

(Gesch. Nr. 38, überwiesen am 25.4.2005)

Der Gemeinderat hat bei der Entgegennahme des Postulats darauf hingewiesen, dass er das Anliegen im Zusammenhang mit der anstehenden Ortsplanungsrevision prüfen wird.

13. Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion vom 26.1.2005: Midnight Basketball für Binningen

(Gesch. Nr. 46, überwiesen am 25.4.2005)

Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Überweisung des Postulats darauf hingewiesen, dass das Anliegen im Rahmen der nächsten Koordinationskonferenz für kinder- und jugendpolitische Fragen behandelt wird. Diese findet im Herbst statt.

14. Motion der GRPK vom 2.3.2005: Revision Personalreglement

(Gesch. Nr. 51, überwiesen am 25.4.2005)

Mit Beschluss des Einwohnerrats vom 25. April 2005 wurde die Motion an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat hat die Verwaltung, Abteilung Zentrale Dienste, beauftragt mit einem Bericht aufzuzeigen, welche Bestimmungen revisionsbedürftig sind – in Würdigung des Motionsinhalts und auch im Vergleich zu Anstellungsbedingungen anderer vergleichbarer Arbeitgeber. Der Gemeinderat wird danach die inhaltlichen Schwerpunkte der Revision festlegen. Es ist vorgesehen, die revidierten Bestimmungen per 1.1.2007 in Kraft zu setzen.